auf die Gefahr eines neuen Militärputsches hingewiesen. Folgende Richtlinien wurden einstimmig angenommen:

1. Zurückziehung der Reichswehr aus dem Vogtlande auf Verlangen der Arbeiterorganisationen.

2. unter der Reichswehr und den Arbeitern Aufklärungsarbeit im Sinne des sozialistischen Klassenkampfes zu leisten.

3. Auflösung der Reichswehr und Bewaffnung der Arbeiterschaft unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen.

4. Die Arbeiter von ganz Mitteldeutschland aufzurufen, mit Hilfe der Betriebsräte den Generalstreik über ganz Deutschland zur Durchführung obiger Ziele zu proklamieren.

Hölz entkommen.

Leipzig. Bei den gestern gemeldeten Zusammenstößen südlich Reichenbrand erlitten die Truppen keine Verluste. Die Zahl der Gefangenen hat sich auf 160 erhöht. Erbeutet wurden ein Maschinengewehr, 300 Gewehre und verschiedene Personenkraftwagen, darunter der von Hölz. **Dieser selbst ist entkommen, angeblich in Frauenverkleidung.** Die Bahnlinie Falkenstein—Klingenthal ist an mehreren Stellen unterbrochen. Teile der in Klingenthal eingerückten Truppen sind im Vormarsch auf Johanngeorgenstadt. Bei der Annäherung der Truppen hat der Aktionsausschuß die Stadt gestern verlassen. Ueber die Amtshauptmannschaft Glauchau ist gestern der Ausnahmezustand verhängt worden. Es hat sich dort ein neues Brandkomitee gebildet. Ein neugegründeter Bürgerausschuß organisierte eine bewaffnete Abwehr gegen den roten Terror. In Zwickau haben sich die Arbeiterräte mit 137 gegen 31 Stimmen gegen den Generalstreik erklärt. Die Urabstimmung in den Betrieben hatte 23 000 Stimmen gegen und 8000 Stimmen für den Generalstreik ergeben.

)(Plauen i. V. Von Jägersgrün wurden gestern abend 120 Rotgardisten im Eisenbahnwagen und ein Eisenbahnwagen mit Gewehren nach Oelsnitz gebracht. In Klingenthal haben sich die Fabrikanten bereit erklärt, die Streiktage zu bezahlen. Man hofft, daß die Arbeit heute früh wieder aufgenommen wird. Bevor sich Hölz aus Klingenthal entfernte, zwang er das Gemeindeamt, ihm und seinen Genossen einen Reisepaß mit falschem Namen auszustellen.

Die Wirkung des neuen Wahlgesetzes im Lichte der letzten Wahlziffern.

(Bearbeitet auf Grund amtlicher Unterlagen.)

Nach dem der Nationalversammlung jetzt zugegangenen Entwurf eines Reichswahlgesetzes würde das Gebiet des Freistaates Sachsen zu einem Verbandswahlkreise zusammengefaßt werden, der aus den einzelnen Wahlkreisen 91—100 sich zusammensetzt. Wenn bei den ersten Wahlen zur Nationalversammlung im Frühjahr 1919 nach dem jetzt vorgeschlagenen neuen Wahlverfahren gewählt worden wäre, dann würden die Wahlen folgendes Bild ergeben haben:

Der **Wahlkreis 91** umfaßt die Kreishauptmannschaft Bautzen mit den Städten Bautzen und Zittau. Er hatte bei 432317 Einwohnern 259420 Wahlberechtigte. Von diesen stimmten 112232 für die Mehrheitssozialdemokraten, 60839 für die Demokraten, 3794 für die Unabhängigen, 9673 für das Zentrum, 12326 für die deutsche Volkspartei und 25415 für die Deutschnationale Volkspartei.

Wahlkreis 92: Stadt Dresden, 529041 Einwohner mit 359087 Wahlberechtigten. Von diesen stimmten 158423 für die Mehrheitssozialdemokraten, 48184 für die Demokraten, 10419 für die Unabhängigen, 4758 für das Zentrum, 47189 für die Deutsche Volkspartei und 31088 für die Deutschnationale Volkspartei.

Wahlkreis 93: Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Neustadt, Freiberg mit Stadt Freiberg, Dippoldiswalde und Pirna. 573654 Einwohner mit 387851 Wahlberechtigten. Von diesen stimmten 135848 für die Mehrheitssozialdemokraten, 45078 für die Demokraten, 27723 für die Unabhängigen, 1292 für das Zentrum, 30116 für die Deutsche Volkspartei und 43686 für die Deutschnationale Volkspartei.

Wahlkreis 94: Amtshauptmannschaft Meißen mit der Stadt Meißen, Großenhain, Döbeln, Oschatz. 398380 Einwohner mit 236151 Wahlberechtigten. Von diesen stimmten 101123 für die Mehrheitssozialdemokraten, 40436 für die Demokraten, 17085 für die Unabhängigen, 863 für das Zentrum, 7514 für die Deutsche Volkspartei und 39150 für die Deutschnationale Volkspartei.

Wahlkreis 95: Stadt Leipzig, 604242 Einwohner mit 432564 Wahlberechtigten. Von diesen stimmten 57989 für die Mehrheitssozialdemokraten, 109100 für die Demokraten, 145063 für die Unabhängigen, 2536 für das Zentrum und 24379 für die Deutschnationale Volkspartei.

Wahlkreis 96: Amtshauptmannschaft Leipzig Land, Grimma, Borna und Oelsnitz; 445048 Einwohner mit 258891 Wahlberechtigten. Von diesen stimmten 30593 für die Mehrheitssozialdemokraten, 52697 für die Demokraten, 85256 für die Unabhängigen, 482 für das Zentrum und 36069 für die Deutschnationale Volkspartei.

Wahlkreis 97: Stadt Chemnitz, Amtshauptmannschaften Chemnitz und Flöha, 510308 Einwohner mit 304541 Wahlberechtigten. Von diesen stimmten 158184 für die Mehrheitssozialdemokraten, 40948 für die Demokraten, 10825 für die Unabhängigen, 1025 für das Zentrum, 112 für die Deutsche Volkspartei und 41718 für die Deutschnationale Volkspartei.

Wahlkreis 98: Amtshauptmannschaften Annaberg, Marienberg und Schwarzenberg, 306118 Einwohner mit 176547 Wahlberechtigten. Von diesen stimmten 94330 für die Mehrheitssozialdemokraten, 36998 für die Demokraten, 2867 für die Unabhängigen, 907 für das Zentrum, 16480 für die Deutschnationale Volkspartei.

Wahlkreis 99: Stadt Zwickau und Amtshauptmannschaften Zwickau, Glauchau und Stollberg, 584791 Einwohner mit 289999 Wahlberechtigten. Von diesen stimmten 158967 für die Mehrheitssozialdemokraten, 60500 für die Demokraten, 10742 für die Unabhängigen, 900 für das Zentrum und 27900 für die Deutschnationale Volkspartei.

Wahlkreis 100: Stadt Plauen und Amtshauptmannschaften Plauen, Auerbach und Oelsnitz, 388301 Einwohner mit 214740 Wahlberechtigten. Von diesen stimmten 88134 für die Mehrheitssozialdemokraten, 51682 für die Demokraten, 28265 für die Unabhängigen, 768 für das Zentrum und 28810 für die Deutschnationale Volkspartei.

Wenn, wie das im neuen Wahlgesetz vorgesehen ist, auf 60000 Stimmen 1 Abgeordneter entfällt, dann würden die Mehrheitssozialdemokraten im 91. Wahlkreise 1, im 92. Wahlkreise 2, im 93. Wahlkreise 2, im 94. Wahlkreise 1, im 97. Wahlkreise 2, im 98. Wahlkreise 1, im 99. Wahlkreise 2 und im 100. Wahlkreise 1 Abgeordneten durchgebracht haben. Die Demokraten haben im 91. und 95. Wahlkreise je 1 Abgeordneten durchgebracht, die Unabhängigen im 95. Wahlkreise 2 und im 96. Wahlkreise 1 durchgebracht. Alle anderen Parteien würden in den Wahlkreisen selbst überhaupt keinen Kandidaten durchgebracht haben. [illegible]

General Lüttwitz und Major Bischoff verhaftet.

Vorsichtsmaßnahmen in Berlin.

Die heute mittag eingelaufenen Meldungen besagen:

Lüttwitz und Bischoff in Stettin eingeliefert.

)(Stettin. In Horst in Pommern ist es heute vormittag geglückt, den General Lüttwitz und den Major Bischoff zu verhaften. In Stolpmünde wurde ein Propaganda-Büro der Militär-Putschisten aufgehoben. Die Verhafteten sind unter starker Bedeckung in Stettin eingeliefert worden.

Tanks und Panzerautos nach Berlin beordert.

)(Berlin. Obwohl als Reflexwirkung angenommen wird, daß diejenigen Kreise, in denen Putschgelüste gehegt werden, das Wahnsinnige ihres Vorhabens zur rechten Zeit erkennen werden, wurden heute vormittag [illegible] die Zugänge zu dem [illegible] durch Mitglieder der grünen Polizei gesichert. Außerdem wurden [illegible] Tanks, 20 Panzerautos und einige [illegible] mit 30 schweren Maschinengewehren nach Berlin beordert. Die Stadt zeigt ihr gewöhnliches Aussehen. Von irgend welchen Unruhen ist nichts zu spüren.

)(Berlin. Der Vorwärts beschäftigt sich weiter mit der Putschgefahr und deren Abwehr. — Der Bezirksverband Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei fordert die Genossen auf, der Republik im Kampfe gegen ihre inneren Feinde gegebenenfalls mit der Waffe in der Hand zu dienen. — Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands weist in einem im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufruf darauf hin, daß die Reaktion ihr Spiel noch nicht verloren gebe. Es heißt dann weiter: „Die Sozialdemokratische Partei wird . . . ihre ganze Macht einsetzen, um jedes neue Verbrechen gegen die Republik im Keime zu ersticken und seine Urheber unerbittlicher Bestrafung entgegenzuführen. In wenigen Wochen soll gewählt werden. Das Volk wird sprechen. Aber sollte irgendwer den Versuch machen, seine ruhige verfassungsmäßige Entwicklung noch einmal zu stören und seinen Willen gewaltsam zu unterbinden, dann wird es handeln!“

* Berlin. Die Lage in Pommern wird von zuständiger Seite als sehr ernst bezeichnet. Das Bestreben derselben pommerschen Kreise, die auch den Kapp-Putsch unterstützten und teilweise inszeniert haben, geht von neuem darauf hinaus, durch eine gewaltsame Aktion die verfassungsmäßigen Zustände zu stören. Die Tatsache, daß bereits eine große Zahl kleinerer Grundbesitzer ihre Lebensmittel zurückhalten, zeigt am deutlichsten, daß die Vorbereitungen schon bis zu einem gewissen Grade gediehen sind.

* Berlin. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß bereits seit einigen Wochen ein Schutzhaftbefehl gegen Major Bischoff erlassen worden ist. Die Tatsache ist deshalb bemerkenswert, weil Bestrebungen zur Aufrechterhaltung der Eisernen Division mit der Tätigkeit des Majors Bischoff in Zusammenhang gebracht werden. Nachforschungen nach General von Lüttwitz und Bischoff in Pommern sind bisher ohne Erfolg geblieben.

Wenn Verbandswahllisten (Landeslisten) vorhanden gewesen wären, dann würden also die Mehrheitssozialdemokraten an Spitzenstimmen aus den einzelnen Wahlkreisen insgesamt 391 759 Stimmen an die Verbandslisten abgegeben haben und dort noch einmal 6 Abgeordnete erhalten und 31 759 Stimmen an die Reichsliste abgegeben haben. Bei den Demokraten würden für die Verbandsliste 414 385 Stimmen zusammengekommen sein, so daß auch auf diese von der Verbandsliste noch 6 Abgeordnete entfallen, und 54 385 Stimmen für die Reichsliste übrig geblieben sein würden. Die Unabhängigen würden zur Verbandsliste 162 039 Stimmen abgegeben, infolgedessen noch 2 Abgeordnete erhalten und 42 039 Stimmen an die Reichsliste abgegeben haben. Das Zentrum hätte für die Verbandsliste 23 204 Stimmen zusammengebracht, die, da sie für 1 Abgeordneten nicht ausreichten, auf die Reichsliste entfallen wären. Die Deutsche Volkspartei hätte 97 257 Stimmen für die Verbandsliste zusammengebracht; infolgedessen hier 1 Abgeordneten erhalten und 37 257 Stimmen für die Reichsliste abgegeben. Die Deutschnationale Volkspartei hätte für die Verbandsliste 309 744 Stimmen zusammengebracht, infolgedessen hier 5 Abgeordnete erhalten und 9744 an die Reichsliste abgegeben.

Das Gesamtresultat für die einzelnen Parteien würde also gewesen sein:

Mehrheitssozialdemokraten: in den Wahlkreisen 12 Abgeordnete, von der Verbandsliste 6 Abgeordnete, zusammen 18 Abgeordnete.

Demokraten: in den Wahlkreisen 2 Abgeordnete, von der Verbandsliste 6 Abgeordnete, zusammen 8 Abgeordnete.

Unabhängige: in den Wahlkreisen 3 Abgeordnete, von der Verbandsliste 2 Abgeordnete, zusammen 5 Abgeordnete.

Zentrum: in den Wahlkreisen und von der Verbandsliste keinen Abgeordneten.

Deutsche Volkspartei: in den Wahlkreisen keinen Abgeordneten, von der Verbandsliste 1 Abgeordneten.

Deutschnationale Volkspartei: in den Wahlkreisen keinen Abgeordneten, von der Verbandsliste 5 Abgeordnete.

Bei den ersten Wahlen zur Nationalversammlung wurden in Sachsen bekanntlich gewählt: 17 Mehrheitssozialdemokraten, 7 Demokraten, 3 Unabhängige, 1 Deutsche Volkspartei und 4 Deutschnationale Volkspartei.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Rede Trimborns. Der „Vorwärts“ bezeichnet die vorgestrige Rede des Kölner Zentrumsführers Trimborn in der Nationalversammlung als die eigentliche Ueberraschung der Sitzung. Man habe den eigentümlichen Eindruck gewonnen, als ob in gewissen rechtsstehenden Teilen der Zentrumspartei der Wunsch vorherrsche, noch kurz vor den Wahlen Brücken nach rechts zu schlagen. Eine ähnliche reaktionäre Rede habe man bereits in Weimar aus dem Munde Gröbers gehört. Die scharfe Ausfällung der Rede Trimborns gegen die Sozialdemokratie, so meint die „Voss. Ztg.“, wäre ein sensationelles Ereignis gewesen, wenn wir nicht bereits in der Wahlbewegung ständen.

Der Haushalt der Reichseisenbahnen. Bei der Beratung des 20. Ausschusses der Nationalversammlung über die Staatsverträge wegen der Reichseisenbahnen erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth, der erste Haushalt der Reichseisenbahnen werde allerdings einen in die Milliarden gehenden Fehlbetrag bringen. Aber bei Ablehnung des Vertrages würden die Zuschläge und Nachtragsetats der weiterleitenden Länder im Interesse des Personals noch größere Beträge erfordern.

Das Reichstagswahlgesetz. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat bei Beratung des Reichstagswahlgesetzes einen Antrag angenommen, der die Uebertragung der Reststimmen auf einen Nachbarkreis und dann auf die Reichsliste vorsieht.

Keine Wiederwahl Heines. Die sozialdemokratische Wahlkreiskonferenz in Anhalt hat beschlossen, von einer Wiederwahl Heines zur Nationalversammlung abzusehen und an dessen Stelle den Redakteur Erich Kuttner aufzustellen.

Graf Bernstorff vor dem Untersuchungsausschuß. Vor dem 2. Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der gestern nach zweimonatiger Pause seine Arbeiten wieder aufnahm, erklärte Graf Bernstorff: Er sei auch heute noch der Ansicht, daß durch eine Vermittlung Wilsons der Frieden hätte herbeigeführt werden können und daß ohne den U-Bootkrieg der Krieg mit Amerika nicht entstanden wäre. Wilson habe ursprünglich nur die Absicht gehabt, die kriegführenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Bemerkung Wilsons im Senat, er glaube, Amerika wäre in den Krieg getreten, auch wenn Deutschland keine feindlichen Handlungen gegen Amerika vorgenommen hätte, habe sich auf die Ablehnung der amerikanischen Friedensvermittelung bezogen. [illegible] [illegible]

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 15. April 1920.

Zur Ablieferung der Handelsflotte.

)(Berlin. Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission eine Note gesandt, in der es heißt: Das von Deutschland überreichte Memorandum hat in kurzen Zügen die wirtschaftliche Lage Deutschlands berührt und gezeigt, daß Deutschland ohne Belassung eines bestimmten Schiffsraumes wirtschaftlich zusammenbrechen muß. Die Reparationskommission lehnt jedoch die Annahme des deutschen Antrages mit dem Bemerken ab, daß keine genügenden Gründe vorgebracht seien. Die deutsche Regierung kann diese Entscheidung nicht stillschweigend hinnehmen und wird weiteres zahlenmäßiges Material der Reparationskommission unterbreiten und zu gleicher Zeit einen bestimmt formulierten Antrag dahin stellen, welchen Schiffsraum, welche Art Schiffe und für welche Zeit die Reparationskommission Deutschland überlassen möge.

Ein Protest des Deutschen Schiffahrtstages.

)(Bremen. Auf dem Deutschen Schiffahrtstag in Bremen wurde gestern dem deutschen Delegierten zu den Verhandlungen mit der Entente in London und Paris, Paul Müller, die Frage gestellt, was die deutsche Delegation zur Erhaltung der deutschen Schiffahrt getan habe. Seine Antwort gestaltete sich zu einer wuchtigen Anklage gegen die Entente. Der Schiffahrtstag nahm einmütig eine Entschließung an, erneut an die Reichsregierung und die Schiffahrtsdelegierten in London die dringende Forderung zu richten, alles daran zu setzen, daß uns der klägliche Rest der Handelsflotte erhalten bleibt.

Verschärfter Belagerungszustand in Oppeln.

)(Oppeln. Wegen der durch die Erschießung des Eisenbahngütervorstehers Bincel hervorgerufenen Zusammenstöße mit französischem Militär ist der verschärfte Belagerungszustand über Oppeln verhängt worden.

Die frühere deutsche Kaiserin schwer erkrankt.

* Berlin. Die ehemalige deutsche Kaiserin ist, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ meldet, so schwer erkrankt, daß mit ihrem Ableben gerechnet werden muß. Ihre einzige Tochter, die frühere Herzogin v. Braunschweig, weilt am Krankenlager.

Holländische Streikende für Deutschland.

)(Amsterdam. Wie die Blätter melden, haben alle Gewerkschaftsgruppen der streikenden Rotterdamer Arbeiter den Beschluß, die für Deutschland bestimmten Lebensmittel zu löschen, gebilligt.

Aufstand in Mesopotamien.

)(Rotterdam. Laut Nieuwe Rotterdamsch Courant melden Blätter in Damaskus, in Mesopotamien sei ein Aufstand gegen die Engländer ausgebrochen. Der Bezirk Kut el Amara befinde sich in den Händen der Aufständischen. Die Bewegung habe auch auf die Bezirke Bagdad und Basra übergegriffen.

Der 1. Mai.

)(Paris. Der Kammer ist ein Antrag zugegangen, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag der Arbeit zu erklären.

Renner zurückgekehrt.

)(Wien. Staatskanzler Renner ist aus Italien hier eingetroffen.

Sport.

Kamenz. [illegible] 10 II. und III. Mannschaft weilen Sonntag, den 18. April in [illegible] und spielen gegen den [illegible] I. und II. Mannschaft.

Der **Reichsverband der deutschen Industrie** trat unter großer Teilnahme zur ersten Mitgliederversammlung nach seiner Gründung im vorigen Jahre zusammen.

Internationaler Wirtschaftskongreß. Der Magistrat von Frankfurt teilt amtlich mit, daß der erste internationale Wirtschaftskongreß, wie geplant, am 1. und 2. Mai in Frankfurt stattfinden wird.

Rußland.

Ein ehemaliger Kammerherr des Zaren Nikolaus wurde am Montag auf dem Nordbahnhof in Paris verhaftet. Er soll Verbindungsmann zwischen zwei Organisationen in Berlin und Paris gewesen sein, die für die Wiederaufrichtung des Zarenreiches und die Unterdrückung der polnischen Republik eingetreten wären.

Die Schulden des alten Regimes. „Matin“ meldet: In den Verhandlungen, die in Kopenhagen im Namen Frankreichs mit russischen Volkskommissaren geführt wurden, hätten die russischen Vertreter sich geweigert, die Schulden des alten russischen Reiches gegenüber Frankreich anzuerkennen. Sie hätten die Möglichkeit von Konzessionen zur Ausbeutung der Bodenschätze Rußlands in Aussicht gestellt.

Amerika.

Der Eisenbahnerstreik. Infolge Unterbindung der Zufuhr von Rohstoffen durch den Eisenbahnerstreik sind in Newyork schätzungsweise 150000, in Detroit 100000 Arbeiter arbeitslos. Im Westen ist die Lage unverändert; im Osten hat die Zahl der Ausständigen zugenommen. Wilson hat ein Eisenbahn-Arbeiteramt eingesetzt, das sofort in Washington zusammentreten und die Beschwerden der Ausständigen untersuchen soll.